

Einstimmig für das Mehrgenerationenhaus

Durchbruch geschafft: Nach zehn Jahren kann konkret geplant werden

Bad Bramstedt. Das Mehrgenerationenhaus, das eine Gruppe von Bad Bramstedtern um Barbara Schlaghecke-Josenhans und Jochen Josenhans am Eingang zum Kurgebiet planen, ist in der Kommunalpolitik auf allgemeine Zustimmung gestoßen. Bedenken der SPD-Fraktion zum Schutz der Ohlau sollen aber im weiteren Planverfahren berücksichtigt werden.

Der Planungsausschuss beschloss in seiner letzten Sitzung, einen sogenannten Vorhaben bezogenen Bebauungsplan aufzustellen. Er soll sich nur auf das Grundstück des heutigen Hauses an den Auen beziehen, das dem Klinikum Bad Bramstedt gehört. Das alte Gebäude, in dem früher Privatpatienten der Rheumaheilstätte Bad Bramstedt besuchten, soll abgerissen werden. An seine Stelle möchte die Initiative einen Gebäudekomplex mit zwei Wohnhäusern errichten. Das Vorhaben war bei der Unteren Naturschutzbehörde zunächst auf Bedenken gestoßen, weil es im Dreieck von Schmalfelder Au und Ohlau liegt, für die 50 Meter breite Schutzstreifen gelten. Auch die SPD Bad Bramstedt hatte deshalb Bedenken angemeldet. Jochen Josenhans beteuerte, „entkernt“ werden, um



Die Auen, hier der Zusammenfluss von Schmalfelder Au und Ohlau zur Hudau in Höhe des Hauses an den Auen, ist nach europäischem und deutschem Recht als Flora-Fauna-Habitat geschützt. Sie haben einen 50 Meter breiten Schutzstreifen, in dem nicht gebaut werden darf. Foto: ben

einstimmig einen Bebauungsplan aufzustellen, in dem dann alles Nähere, wie beispielsweise der Abstand zu den Auen geregelt wird. Die Kosten des Planverfahrens müssen die Antragsteller tragen. Die Initiative, die rund 20 Wohnungen in den beiden Häusern unterbringen will, sucht bereits seit zehn Jahren nach einem Bauplatz für ihr neues Wohnmodell und musste bisherige Pläne immer wieder verworfen. Nun ist mit der Aufstellung des B-Planes der Durchbruch gelungen.

Der Ausschuss beschloss einstimmig einen Bebauungsplan aufzustellen, in dem dann alles Nähere, wie beispielsweise der Abstand zu den Auen geregelt wird. Die Kosten des Planverfahrens müssen die Antragsteller tragen. Die Initiative, die rund 20 Wohnungen in den beiden Häusern unterbringen will, sucht bereits seit zehn Jahren nach einem Bauplatz für ihr neues Wohnmodell und musste bisherige Pläne immer wieder verworfen. Nun ist mit der Aufstellung des B-Planes der Durchbruch gelungen.

ben